

Umstellt von Dissidenten

Modis Attacke auf die Zentralbank

Eswar Prasad

Die Regierung des Ministerpräsidenten Narendra Modi hat im November einen politischen Angriff auf die *Reserve Bank of India* (RBI) gestartet. Dies ist eine alarmierende Entwicklung, da die Glaubwürdigkeit und Effektivität der RBI zur makroökonomischen und finanziellen Stabilität Indiens wesentlich beigetragen und das BIP-Wachstum in den letzten Jahren stabilisiert hat. Hintergründe und Einschätzung skizziert der nachfolgende Text.

Die Zentralbank, so die Regierung, behindere das Wachstum, indem sie die Zinsen erhöht, aus Furcht vor übermäßiger Inflation und finanzieller Instabilität. US-Präsident Donald Trump hat ähnliche Beschwerden gegen die US-Zentralbank (*Federal Reserve*) erhoben und behauptet, Zinserhöhungen dämpften das Wirtschaftswachstum und bremsen den US-Aktienmarkt. Im Unterschied zur US-Zentralbank verfügt die RBI jedoch über keine gesetzlich garantierte Unabhängigkeit. Schlimmer noch, die Regierung Modi hat sich auf Abschnitt 7 des RBI-Gesetzes berufen. Dort wird der Regierung die Möglichkeit eingeräumt, bei Angelegenheiten von öffentlichem Interesse dem Zentralbankpräsidenten Anweisungen erteilen zu können.

Politische Ökonomie

Wenn die Regierung Modi so weit zu gehen bereit ist, liegt die Vermutung nahe, dass mehr als nur Zinssätze auf dem Spiel stehen. Die Regierung zeigt sich besonders mit den Maßnahmen der RBI zur Sanierung der indischen Banken unzufrieden. Vieles sind in grossem Umfang mit notleidenden Aktiva belastet. Dies schränkt die Möglichkeit ein, in anderen Teilen des Finanzsystems Risiko bilden zu können. Die RBI-Maßnahmen beeinträchtigen nicht zuletzt die Möglichkeit staatlicher Banken, politisch motivierte Kre-

ditte zu vergeben. Natürlich kann eine Regierung so einen Sachverhalt nicht laut vortragen. Stattdessen hat die Modi-Administration – insbesondere Finanzminister Arun Jaitley – die RBI beauftragt, die Anhäufung von notleidenden Aktiva im Bankensystem nicht weiter zu hindern. Die Regierung hat der RBI außerdem vorgeworfen, geldpolitische Maßnahmen im Dunkeln gehalten und damit gegen Geschäftsregeln verstoßen zu haben. Die Kritik richtet sich gegen Reformen, die unter anderem darauf abzielen, eine produktive statt politisch motivierte Kreditvergabe sicherzustellen.

Der RBI-Gouverneur Urjit Patel hat sich bisher geweigert, den Forderungen der Regierung nachzugeben. Er, seine Stellvertreter wie auch die Vorgänger waren und sind zwar darin geschult, die RBI durch wirtschaftliche und politische Minenfelder zu navigieren. Setzen sich die Angriffe jedoch fort, könnte dies eine wirksame Geldpolitik verunmöglichen. Sollten die Attacken Patel gar zum Rücktritt zwingen, wäre dies ein schwerwiegender Schlag nicht nur gegen die RBI.

Die Regierung von Modi hat andererseits Interesse daran, dass die Glaubwürdigkeit der Zentralbank nicht leidet. Schließlich war diese Glaubwürdigkeit ein Garant dafür, dass die Regierung in einem schwierigen inneren und äußeren Umfeld über Hand-

lungsspielräume verfügte. Die RBI hat verhindert, dass der Wert der indischen Rupie weiter verfällt und damit einen Teufelskreis aus Kapitalabflüssen und Währungsabwertung vermieden. Darüber hinaus trug das Bekenntnis der RBI zur Preisstabilität wesentlich dazu bei, dass die Zinssätze niedrig und damit die Kosten der staatlichen Schuldenfinanzierung in Grenzen gehalten werden konnten. Die Geldpolitik und Geldaufsicht durch die RBI haben die indische Wirtschaft auf einem stabilen Wachstumspfad gehalten. Angesichts der bevorstehenden Wahlen im Mai 2019 kann es sich die indische Regierung eigentlich nicht leisten, auf diese Begünstigungen zu verzichten. Modi und Jaitley wären gut beraten, dies rechtzeitig zu erkennen.

*Aus dem Englischen übersetzt
von Theodor Rathgeber*

Zum Autor



Eswar Prasad ist der Tolani Senior Professor für Handelspolitik an der Cornell University und Senior Fellow an der Brookings Institution. Er hatte den New Century Chair in Internationaler Ökonomie bei Brookings inne.

Texthinweis

Dieser Beitrag erschien zuerst am 15. November 2018 im Brookings Nachrichtendienst „India's central bank under attack“